

NACHRICHTEN

Wegen Kraft-Beleidigung verurteilt

KÖLN (dpa). Das Amtsgericht Köln hat einen 53-Jährigen wegen Beleidigung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zu einer Geldstrafe von 2250 Euro verurteilt. Er hatte Kraft zwei E-Mails geschrieben, in denen er sich unter anderem auf ihren Vorschlag bezog, Langzeitarbeitslose als Flüchtlingshelfer einzu-

setzen. Das kommentierte der Mann mit dem Satz: „Sie müssen einen IQ wie ein Toastbrot haben.“ Auf die erste Mail des Angeklagten antwortete Kraft nach Angaben der Richterin noch mit Erläuterungen zu ihrem politischen Konzept. Nach der zweiten Beleidigungsmail stellte sie persönlich Strafantrag.

Frau in Krefeld von Zug überrollt

KREFELD (dpa). Eine Frau ist in Krefeld von einem Zug überfahren und getötet worden. Wie Polizei und Staatsanwaltschaft am Mittwoch mitteilten, wollte die 40-Jährige am Morgen nahe des Bahnhofs Oppum auf freier Strecke die Gleise überqueren, wobei sie ihr Fahrrad unter dem Arm trug. Der Lokführer eines

Regionalzugs versuchte noch eine Vollbremsung einzuleiten, konnte die Bahn aber nicht mehr rechtzeitig stoppen. Der Zug erfasste die Frau und überrollte sie. Nach Angaben einer Polizeisprecherin wollte die 40-Jährige den Weg über die Gleise wahrscheinlich als Abkürzung nutzen.

CDU wittert „Lex Mülheim“

DÜSSELDORF (dpa). Die geplante dritte Ausbaustufe des nordrhein-westfälischen Hilfsprogramms „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ist nach Einschätzung der CDU-Opposition ungerecht. Der Entwurf sehe über eine Milliarde Euro an Unterstützung vor, lege aber Kriterien an, die ledig-

lich auf fünf Kommunen passten. Darunter sei die überschuldete Stadt Mülheim – Wahlkreis von NRW-Regierungschefin Hannelore Kraft (SPD). Dabei gebe es 40 weitere Kommunen in ähnlicher Notlage, kritisierte der Vize-Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper.

Kleinkind per Telefon wiederbelebt

DÜSSELDORF (dpa). Mit telefonischer Anleitung der Feuerwehr haben Eltern in Düsseldorf ihr zweijähriges Kind wiederbeleben können. Das Mädchen hatte das Bewusstsein verloren und aufgehört zu atmen, wie ein Feuerwehrsprecher berichtete. Der Mitarbeiter in der Leitstelle habe durch gezielte Fragen rasch erkannt, dass es

nicht reichen könnte, auf den Rettungsdienst zu warten. Er habe die Eltern angewiesen, wie sie ihr Kind fachgerecht beatmen, so dass dadurch die Atmung des Mädchens wieder eingesetzt habe, bevor die Helfer eintrafen. Die Düsseldorf-Firewehr setze die sogenannte Telefonreanimation seit mehreren Jahren erfolgreich ein.

LESERBRIEFE

Islam

Großer Unterschied

Der wohl größte Unterschied zwischen Christentum und Islam besteht in der Tatsache, dass der christliche Glaube offensichtlich ein friedliches, gewaltloses Leben gegenüber jedermann, selbst gegenüber dem Feind, mit einem ewigen Leben im Himmel belohnt. In der Bibel gibt es entsprechende Textstellen, die diese Annahme belegen. Der Islam hingegen scheint die Gläubigen mit dem Paradies zu belohnen, die möglichst viele „Ungläubige“ getötet haben. Auch hier gibt es entsprechende Textstellen im Koran, die diese Annahme belegen. In unserem Alltag spielen Bibelzitate kaum eine Rolle, in der islamischen Welt wird hingegen vermehrt gepredigt, den Koran wörtlich zu nehmen und nach seinen Vorgaben zu leben. Immer mehr Menschen fühlen sich berufen, dieses auch zu tun. Der Unterschied ist gewaltig, wird nur in unserer zutiefst säkularen Gesellschaft, der hierfür die Vorstellungskraft fehlt, nicht wahrgenommen.

Werner Arning,
Mörfelden

Autonome Pkw

Gravierende Probleme

(...) Nun soll im Bereich Si-

cherheit das „autonome Fahren“ der Stein der Weisen sein. Ich kann dazu nur sagen, dass ich mich in ein solches Auto nach meinen neuesten Erfahrungen mit einem Mercedes, B-Klasse, Baujahr 2012, nicht setzen würde. Da gibt es im Bereich der Technik und Elektronik von Beginn an immer wieder gravierende Ausfälle und Probleme: Das Radio schaltete sich ohne Grund ein und aus, die Abstandssensoren piepsen völlig grundlos, z.B. im Stand an roten Ampeln, das Display gibt Fehlermeldungen aus, plötzlich reagiert das Fahrzeug kaum noch aufs Gasgeben und wird immer langsamer, das Navigationssystem schaltet sich nicht ein. (...) Vielfache Werkstattbesuche führten zwar zu Teillösungen, aber neue Probleme treten auf oder die alten kommen zurück.

Und da soll beim autonomen Fahren die Technik plötzlich zuverlässig und völlig fehlerfrei funktionieren? Und das dauerhaft und ohne jeden kleinsten Moment eines Fehlers? (...)

Hartmut Mautz,
Münster

■ Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, mit der sich die Redaktion nicht immer identifiziert. Diese behält sich Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. Ihre Meinung erreicht uns am schnellsten per E-Mail an leserbriefe@zgm-muensterland.de.

„Bei Riester viel Vertrauen verspielt“

Schiewerling möchte Umbenennung und eine stufenweise Anhebung der Erwerbsminderungsrenten



In Misskredit geraten: Die mit dem Namen des früheren Arbeitsministers Walter Riester bezeichneten Verträge zur privaten Altersvorsorge halten oftmals nicht, was sie versprechen. Karl Schiewerling fordert daher eine staatlich zertifizierte Alternative. Foto: Frank Rumpenhorst

MÜNSTER. Ob es in dieser Legislaturperiode noch ein Gesetz zur Lebensleistungsrente geben wird, ist für den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling, offen. Er plädiert für eine Anhebung der Erwerbsminderungsrenten, da deren Empfänger von der Problematik, das Grundsicherungs-Niveau nicht zu erreichen, in erster Linie betroffen seien. Mit Schiewerling sprach unser Redaktionsmitglied Norbert Tiemann.

Die Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent gilt als Einfallstor für Altersarmut. Muss dieser Weg korrigiert werden? Renten unterhalb der Armutsgrenze sind doch ein Ding der Unmöglichkeit.

Schiewerling: Das Rentenniveau ist neben dem Beitragssatz, dem Bundeszuschuss und der Rentenzinsaufschlagzeit eine von vier Stellschrauben, die fein aufeinander einjustiert werden müssen. Jeder Punkt, um den wir das Rentenniveau anheben würden, würde den Staat bis zu sechs Milliarden Euro kosten. Aktuell liegt das Rentenniveau bei 47,8 Prozent. Wir werden bis 2029 die von Ihnen angesproche-

nen 43 Prozent voraussichtlich nicht erreichen, sondern deutlich darüber liegen. Ich bin dafür, dass das Rentenniveau 45 Prozent nicht unterschreiten darf, das halte ich auch für finanzierbar.

Über höhere Beiträge?

Schiewerling: Entweder über höhere Beiträge oder über einen höheren Bundeszuschuss oder über eine längere Lebensarbeitszeit, das heißt, einen späteren Eintritt ins Rentenalter. Das muss generationengerecht austariert werden.

Viele Riesterverträge halten nicht, was sie versprechen. Rente plus Riester bedeutet nicht mehr Sicherheit des Lebensstandards im Alter. Was ist zu tun?

Schiewerling: Die Riesterverträge leiden natürlich unter der Niedrigzinsphase, aber auch darunter, dass viele Anbieter diese mit sehr hohen Kosten belastet haben. Da wurde gutes Geld in die eigene Tasche getan, was am Ende den Versicherten fehlen wird. Da wurde sehr viel Vertrauen verspielt. Solche Schlupflöcher gilt es zu vermeiden. Es sollte zukünftig ein Standard-Produkt geben, das staatlich zertifiziert und sehr transparent ist. Um

neues Vertrauen zu schaffen, halte ich es auch rein psychologisch für notwendig, ein neues Produkt zu bringen und sich von der Namensgebung „Riester-Vertrag“ zu verabschieden. Wer ein solches Produkt abschließt, weiß, worauf er sich einlässt; daneben kann es natürlich auch weitere Angebote geben.

Sind insbesondere die jungen Leute genügend informiert, um sich rechtzeitig um eine ausreichende private Vorsorge fürs Alter kümmern zu können?

Schiewerling: In den Rentenauskünften sollten zukünftig nicht nur Berechnungen zur gesetzlichen Rente, sondern auch die private und betriebliche Altersvorsorge mit einfließen. Dadurch würden die Versicherten schon sehr früh einen ziemlich kompletten Überblick über die zukünftige Altersversorgung bekommen.

Muss die Säule der betrieblichen Altersvorsorge nicht auch gestärkt werden?

Schiewerling: Ja. Die betriebliche Altersvorsorge wird zurzeit nur von ca. 40 Prozent der Beschäftigten genutzt, das wird auf Dauer aber nicht ausreichen. Des-

halb muss aus meiner Sicht die betriebliche Altersvorsorge ein obligatorisches, also verpflichtendes Angebot werden. Wir müssen dafür gerade den kleineren und mittleren Unternehmen



Karl Schiewerling Foto: privat

helfen, ein solches Angebot auch geben zu können. Dabei ist insbesondere die Haftungsfrage zu klären. Das Modell funktioniert im Rahmen der Entgeltumwandlung, die von heute vier auf fünf oder sechs Prozent angehoben werden könnte, dann aber mit der Maßgabe, dass die vom Arbeitgeber eingesparten Sozialversicherungsbeiträge dann in die betriebliche Altersvorsorge eingezahlt werden. So würde die Betriebsrente zu einem wichtigen Beitrag einer auskömmlichen Altersvorsorge

für breite Bevölkerungskreise. Lösen müssen wir dann auch die Frage der nachgelagerten Krankenversicherungspflicht, die vielen große Beschwerden bereitet, den Krankenkassen zurzeit pro Jahr aber 3,5 Milliarden Euro Einnahmen bringt.

Im Koalitionsvertrag steht noch die Einführung der Lebensleistungsrente...

Schiewerling: Es gibt den Willen beider Koalitionspartner, hier zu einer Lösung zu kommen, damit diejenigen, die lange erwerbstätig waren, die Kinder erzogen oder alte Eltern gepflegt haben, im Alter selbst nicht auf die Grundsicherung angewiesen sind. Das Problem: Zwei Systeme greifen hier ineinander: die Rente als Versicherungs-, die Sozialhilfe als Fürsorgesystem. Die Rentenversicherung kennt im Unterschied zum Sozialamt keine Vermögensüberprüfung. Ein genauer Blick auf die Zahlen zeigt, dass von der Grundsicherung im Alter ganz überwiegend die Rentner wegen Erwerbsminderung betroffen sind. Deshalb bin ich dafür, zunächst die Erwerbsminderungsrenten, zumindest stufenweise, anzuheben und erst danach die solidarische Lebensleistungsrente anzupacken.

Das Lügengerüst fällt zusammen

Essener SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Hinz tritt zurück

ESSEN (dpa). Seit elf Jahren sitzt die Essenerin Petra Hinz für die SPD im Bundestag. Wirklich bekannt wurde die 54-jährige Obfrau im Prüfungsausschuss bisher nicht. Ihre vermeintliche Karriere war unauffällig: Abitur, Jura-Studium, Examen, Job, Lokalpolitik und dann 2005 der Sprung in den Bundestag. Einziger blinder Fleck: 2009 wurde gegen Hinz wegen Verdachts auf Steuervergehen ermittelt. Nun kommt heraus: Der wesentliche Teil des Lebenslaufes von Petra Hinz ist gefälscht. Die Politikerin, hat weder das Abitur gemacht, noch hat sie 1985 bis 1995 Jura studiert. Sie hat auch kein erstes und zweites Staatsexamen in Jura abgelegt. All diese Stationen sind auf der Internetseite des Bundestags aufgeführt. Gestern kündigte sie ihren Rücktritt an. Die SPD ist ent-

setzt, nicht nur im von Skandalen gebeutelten Unterbezirk Essen. Hinz selbst war am Mittwoch nicht zu erreichen, ließ lediglich zwei Erklärungen über ihren Anwalt verbreiten. Den Grundstein für ihre Lebenslüge legte Hinz demnach mit der falschen Angabe, dass sie 1984 ihr Abitur gemacht habe. Tatsächlich machte sie im Jahr 1983 an einem Wirtschaftskolleg ihr Fachabitur. Doch das schlechte Gewissen schien Hinz jahrelang zu plagen. Sie war bereits über 30 Jahre alt, als sie nach Angaben ihres Anwalts das Abitur nachholen wollte. Damals war Hinz bereits Mitglied im Essener Stadtrat, gab aus Zeitgründen die Schule aber wieder auf. Die Lebenslüge begleitete Hinz auf ihrem Weg, bis sie 2005 erstmals in den Bundestag gewählt wurde. In all den

Jahren habe Hinz nicht die „Courage“ aufgebracht, für ihr Fehlverhalten geradezustehen. Offenbar hat kein Parteikollege an den angeblichen Karrierestationen von Hinz gezwifelt. Als sie vor wenigen Tagen ankündigte, dass sie 2017 nicht mehr kandidieren werde und ihr Amt als Essener Vize-Parteichefin abgebe, zeigte sich NRW-Minister Kutschy noch überrascht. Dann kam heraus, dass es einen anonymen „offenen Brief“ an die Essener SPD gegeben hatte, in dem Hinz Mobbing in ihrem Bundestagsbüro vorgeworfen wurde. Hinzu kam, dass das Stadtmagazin „Informer“ Wind vom gefakten Lebenslauf bekam. Daraufhin kündigte die SPD-Politikerin ihren Rückzug aus der Bundes- und Lokalpolitik an. Nun fiel das Lügengerüst in sich zusammen.



Petra Hinz hat auf der Internetseite des Bundestags angegeben, sie habe Abitur gemacht und Jura studiert. Foto: dpa